

Kuba



Stabil / Unverändert 

Religion

Bevölkerung

Fläche

- Christen : **61.1%**
- Spiritisten : **17.1%**
- Agnostiker : **16.9%**
- Atheisten : **4.3%**
- Andere : **0.6%**

11.393.000

109.884 Km²

Gesetzeslage zur Religionsfreiheit und deren faktische Anwendung

In Artikel 5 der kubanischen Verfassung^[1] in der Fassung von 2002 wird die Kommunistische Partei Kubas als „die höchste führende Kraft der Gesellschaft und des Staates“ bezeichnet. Darin heisst es weiter, dass Kuba ein Ein-Parteien-Staat ist, der nach sozialistischen Grundsätzen geführt wird.

Gemäss der Verfassung wird die Religionsfreiheit durch den Staat „anerkannt, respektiert und gewährleistet“. Dementsprechend heisst es in Artikel 8: „In der Republik Kuba sind religiöse Institutionen und Staat voneinander getrennt. Die verschiedenen Bekenntnisse und Religionen haben das Recht auf Gleichbehandlung.“^[2]

Der Staat „anerkennt, respektiert und gewährleistet die Gewissensfreiheit, die Religionsfreiheit sowie das Recht einer jeden Person, den Glauben zu wechseln oder ganz abzulegen und den eigenen Glauben auszuüben und zu bekennen“. Des Weiteren heisst es in Artikel 55: „Die Beziehungen des Staates mit religiösen Institutionen werden gesetzlich geregelt.“^[3]

Laut Artikel 42 der Verfassung ist per Gesetz eine strafrechtliche Verfolgung von Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit vorzusehen.

Zugleich ist darauf hinzuweisen, dass mehrere Artikel der Verfassung der Religionsfreiheit zuwiderlaufen können. So geht es in Artikel 39 um die Bildung. In der Präambel heisst es: „Der Staat fördert die Bildung, die Kultur und die Wissenschaften in all ihren Äusserungsformen und gibt entsprechende Leitlinien vor.“ Und weiter: „[Der Staat] gestaltet seine Bildungs- und Kulturpolitik gemäss [...] der marxistischen Ideologie und den Ideen von José Martí“. Die Bildung wird als „Aufgabe des Staates“ bezeichnet, der „die patriotische Bildung und kommunistische Ausbildung der jungen Generationen“ fördert.

Bezüglich der Umsetzung der Verfassungsgrundsätze heisst es in Artikel 62: „Jeder Bürger darf seine Freiheiten nur ausüben, soweit [...] die Existenz und die Ziele des sozialistischen Staates beziehungsweise der vom kubanischen Volk beschlossene Aufbau des Sozialismus und Kommunismus dadurch nicht gefährdet werden. Verstösse gegen diesen Grundsatz können strafrechtlich verfolgt werden.“

Bis 1992 war Artikel 54.3 in Kraft: „Es ist rechtswidrig und strafbar, sich der Revolution [...] und anderer verfassungsmässiger Pflichten aus religiösen Gründen entgegenzustellen.“ Obwohl dieser Artikel aus der aktuellen Verfassung entfernt wurde, besteht nach wie vor Verwirrung in Bezug auf die Anwendung dieser Grundsätze.

Allen Grundsätzen der Verfassung zum Trotz ist die Religionsfreiheit in Kuba gesetzlich und praktisch erheblich eingeschränkt. So kann beispielsweise laut Paragraf 237 Strafgesetzbuch der „Missbrauch der Religionsfreiheit“ mit einer Haftstrafe von drei bis neun Monaten geahndet werden, wenn durch die Ausübung des Glaubens bestimmte Pflichten im Zusammenhang mit der Bildung, der Arbeit und der Landesverteidigung verletzt werden.^[4]

Besonders erwähnenswert sind die Paragrafen 239 und 240 des Strafgesetzes, wonach die Mitgliedschaft „in einer nicht staatlich registrierten Vereinigung“ oder die Teilnahme an Demonstrationen und Treffen, die durch eine solche Vereinigung organisiert werden, mit Freiheitsstrafen von ein bis drei Monaten belegt werden können. Jede nicht registrierte Vereinigung ist rechtswidrig. Für die Förderer oder Leiter einer nicht registrierten Vereinigung sind Haftstrafen von drei bis neun Monaten vorgesehen.^[5]

Glaubensgemeinschaften müssen sich bei der Registrierungsstelle für Religiöse Vereinigungen registrieren lassen, die gemäss dem Gesetz über die Glaubensausübung und religiöse Vereinigungen beim Justizministerium angesiedelt ist. Im Rahmen der Antragstellung muss die betreffende Organisation angeben, an welchem Ort sie tätig sein will und wie sie finanziert wird. Die rechtliche Anerkennung wird allen Organisationen verweigert, deren Aktivitäten nach Einschätzung der Behörde mit den Aktivitäten einer anderen, bereits registrierten Gemeinschaft identisch sind. Nach ihrer Registrierung muss die Glaubensgemeinschaft bei der Stelle für Religiöse Angelegenheiten eine Genehmigung für die Ausübung eigener Aktivitäten beantragen.

Viele Kubaner praktizieren die Santería, die weniger eine Religion, sondern vielmehr ein Kult ist. Die religionsähnlichen Praktiken werden häufig mit dem katholischen Glauben vermischt. Einige Gruppen setzen für die vollständige Initiation sogar die katholische Taufe voraus. Daher ist es schwierig, die genaue Zahl der Santería-Anhänger zu schätzen.

Die Stelle für Religiöse Angelegenheiten regelt die verschiedenen Aspekte des religiösen Lebens: Sie genehmigt oder verweigert den Empfang ausländischer Besucher durch Glaubensgemeinschaften, genehmigt den Bau, die Instandsetzung oder den Erwerb von Gotteshäusern sowie den Kauf und die Nutzung von Kraftfahrzeugen, gewährt Erlaubnisse für die Durchführung öffentlicher Gottesdienste, kontrolliert die Einfuhr religiöser Schriften usw.

Die Entscheidungen 43 und 46 vom Februar 2005, die im Amtsblatt (Nr. 8, April 2005) veröffentlicht wurden, schränken die Nutzung von Gotteshäusern ein. Gemäss der Entscheidung Nr. 43 müssen Glaubensgemeinschaften, die grosse wie kleine Reparaturen an Gebäuden, eine Erweiterung der bestehenden Gebäude oder Neubauten planen, zuerst die Zustimmung der Regierung einholen müssen. Mit der Entscheidung Nr. 46 wurden Richtlinien für die Beantragung, Genehmigung und Durchführung von Gottesdiensten in Privathäusern festgelegt.^[6]

Vorkommnisse

Im Berichtszeitraum (Juni 2016 bis Juni 2018) bezogen sich die meisten der verzeichneten Vorfälle auf Verstöße gegen die oben genannten Rechtsvorschriften. Doch in vielen Fällen stehen die Verstöße und die entsprechenden Strafen mit religiösen Aspekten im Zusammenhang.^[7] In einigen Fällen kam es im Umgang mit Gläubigen und religiös motivierten Handlungen zur willkürlichen Anwendung der Gesetze.^[8]

Am 24. Januar 2018 wandten sich drei katholische Priester mit einem Brief an Raul Castro, in dem sie die mangelnde Freiheit in Kuba anprangerten. Geistliche aus dem ganzen Land unterstützten das Schreiben,^[9] in dem verschiedene Probleme der Bevölkerung Kubas angesprochen wurden, wie unter anderem die mangelnde Religionsfreiheit. Wörtlich heisst es in dem Brief:

Die Kirche wird toleriert, aber sie wird permanent überwacht und kontrolliert. Die Religionsfreiheit wird durch eine restriktive Genehmigungspolitik eingeschränkt. Christen dürfen sich zwar versammeln, um gemeinsam den Glauben zu praktizieren, aber Kirchengebäude dürfen sie nicht bauen. Die Kirche darf Prozessionen und sogar öffentliche Messen abhalten, muss aber immer erst die ausdrückliche Genehmigung der Behörden einholen. Wenn diese verweigert wird, gibt es keine Möglichkeit, eine Beschwerde einzureichen oder eine Erklärung zu fordern. Die Kirche kann innerhalb ihrer Räumlichkeiten ihre Meinung äussern, hat aber keinen freien Zugang zu den Massenmedien. Wenn sie in seltenen Fällen doch Zugang erhält, unterliegt sie der Zensur. Laien werden zensiert, sobald sie versuchen, ihren Glauben in der Politik und in der Gesellschaft praktisch anzuwenden.^[10]

Die enormen Zuwächse, die protestantische Kirchen und Glaubensgemeinschaften verzeichnen, stellen angesichts der Gesetzeslage eine grosse Herausforderung dar.^[11] Viele Gemeinschaften sind nicht registriert und damit illegal. Andere haben einen kultartigen Charakter, was auch in anderen Teilen der Welt Fragen bezüglich der Struktur und der Absichten der betreffenden Organisationen aufwerfen würde.^[12]

Bereits am 12. November 2006 legte Rev. Ibrahim Pina Borges, Pastor der Iglesia Pentecostal Universal (Universelle Pfingstkirche) und Mitglied der Alianza Nacional Cristiana (Nationale Christliche Allianz) dem kubanischen Parlament einen Gesetzesentwurf über Kulte und Glaubensgemeinschaften in Kuba vor.^[13] Zehn Jahre später, im Jahr 2016, forderte Rev. Manuel Alberto Morejón Soler von der Alianza Nacional Cristiana (einer Dachorganisation von etwa 500 protestantischen Gemeinschaften, die nicht staatlich anerkannt wurden), das Parlament erneut auf, sich mit dem von Rev. Borges eingereichten Gesetzesentwurf zu befassen. Eine Antwort steht zwar immer noch aus, aber im Januar 2018 kam es in der Angelegenheit zu einem Gespräch zwischen staatlichen Sicherheitskräften und Pastor Manuel Morejón, das als ein positiver Schritt zu werten ist.^[14]

Vor diesem Hintergrund der restriktiven Politik sind die im Folgenden aufgeführten Fälle zu betrachten:

Am 22. Oktober 2016 wurde Pastor Juan Carlos Núñez Velázquez, ein Mitglied der Apostolischen Bewegung, wegen Verstoßes gegen die Umweltschutzvorschriften zu einem Jahr Hausarrest verurteilt, nachdem Nachbarn sich über den Lärm beschwert hatten, der von den Treffen seiner Gemeinde ausging. Rev. Núñez Velázquez hatte auf seinem Privatgrundstück Gottesdienste für etwa 500 Gläubige abgehalten. Seine Lautsprecheranlage hatte nach seinen eigenen Angaben eine Ausgangsleistung von 150 Watt und der Gottesdienst dauerte von 9.30 bis 13.00 Uhr.^[15]

Am 21. Februar 2017 wurden Pastor Ramón Rigal und seine Frau Adya verhaftet, weil sie angeblich Minderjährige an ihrer normalen Entwicklung gehindert haben. Sie hatten beschlossen, ihre sieben und elf Jahre alten Kinder zu Hause zu unterrichten. Am nächsten Tag kamen sie unter der Auflage frei, sich bis zur Gerichtsverhandlung einmal pro Woche persönlich bei der Polizei zu melden. Im April wurden sie zu einem Jahr Zwangsarbeit und Hausarrest verurteilt, weil sie sich weigerten, ihre Kinder in eine staatliche Schule zu schicken. Im August 2017 verlor Rigal seine Zulassung als Pastor

der Kirche Gottes. [16]

Am 22. Oktober 2017 wurde Misael Díaz Paseiro, ein Mitglied der Orlando Zapata Tamayo Civil Resistance Front, festgenommen, weil von ihm eine „Gefahr für die Gesellschaft“ ausginge. Demnach kam er aus politischen, nicht aus religiösen Gründen in Haft. In seinem Haus wurden dennoch zwei Bibeln, Kruzifixe und fünf Rosenkränze von den staatlichen Sicherheitskräften beschlagnahmt. Er wurde zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Anfangs wurde es ihm im Gefängnis verboten, die Bibel zu lesen und mit einem Seelsorger zu sprechen. [17]

Laut mehreren Medienberichten hat sich die christliche Glaubensgemeinschaft Bíblica im März 2018 darüber beschwert, dass 17.000 Exemplare der Neuen Internationalen Version der Bibel bereits im Jahr 2016 durch die Abteilung für Religiöse Angelegenheiten der Kommunistischen Partei nach Miami zurückgesendet worden waren. [18]

In zahlreichen Fällen haben Angehörige von Glaubensgemeinschaften erfolgreich Rechtsmittel gegen die gegen sie verhängten Urteile eingelegt und erhielten mildere Strafen. [19] Auch in einigen Fällen, die sich gegen Kirchen und Glaubensgemeinschaften richteten, mussten nach der Einlegung von Rechtsmitteln Urteile wieder aufgehoben werden. Besonders ermutigend ist ein Fall vom Mai 2017, in dem der Leiter der Gemeinde Assemblies of God von der Stelle für Religiöse Angelegenheiten einbestellt wurde. Dort wurde ihm mitgeteilt, dass die 2015 erfolgte Anordnung zur Beschlagnahme von mehr als zweitausend Kirchen der

Assemblies of God wieder aufgehoben wurde (siehe Religionsfreiheit weltweit 2016 von Kirche in Not, Länderbericht Kuba). In diesem Fall wurde von amtlicher Seite schriftlich zugesichert, dass die angeordnete Zerstörung einer der Kirchen widerrufen wird. [20]

Einige Gotteshäuser und Gebäude, die sich einst im Besitz von Glaubensgemeinschaften befanden und zur Zeit der Revolution beschlagnahmt wurden, sollten in den Jahren 2013 und 2014 nach Angaben der Behörden zurückgegeben werden. [21] Im Jahr 2015 wurde in Havanna, in Santiago und in der westlichen Provinz Pinar del Río erstmals der Bau jeweils einer neuen katholischen Kirche genehmigt. [22] Seither gab es keine weiteren Berichte über Rückgaben oder Baugenehmigungen. [23] Im März 2017 berichtete die italienische Tageszeitung La Stampa, dass die Gemeindekirche in der Stadt Cobre, die zuvor als Lager genutzt worden war, an die Diözese Santiago de Cuba zurückgegeben werden sollte. [24] Diese Massnahme ist aber bis Redaktionsschluss nicht erfolgt.

In den letzten Jahren gab es eine weitere positive Entwicklung: Der Staat erlaubte die Einrichtung ergänzender sozialer Einrichtungen [25] und Bildungseinrichtungen wie Ausbildungsstätten, Kindergärten, Seniorenzentren und kleine kirchliche Büchereien.

Gleichzeitig lassen einige Berichte darauf schliessen, dass ausländische Geistliche und Ordensleute inzwischen leichter nach Kuba einreisen können. Sowohl die Katholische Kirche als auch der Consejo de Iglesia de Cuba (Kirchenrat Kubas) teilten ausserdem mit, dass in einigen Provinzen in Haftanstalten und Gefangenenlagern nun Gottesdienste abgehalten werden dürfen.

Perspektiven für die Religionsfreiheit

Die jüngsten Beobachtungen lassen darauf hoffen, dass sich die Lage der Religionsfreiheit in Kuba langsam zum Positiven entwickelt, insbesondere, wenn man die Situation der letzten Jahrzehnte berücksichtigt. In der geltenden Verfassung wird Kuba als ein säkularer Staat beschrieben. Früher hatte es sich noch als atheistischer Staat bezeichnet. Man kann sagen, dass die Grundlagen für ein friedliches Miteinander von Staat und Religion geschaffen wurden. Das Recht auf freie Religionsausübung ist in gewissem Masse gewährleistet, und die christlichen Kirchen dürfen sich neuerdings stärker sozial engagieren.

Das alles sind positive Entwicklungen, die jedoch noch nicht ausreichen. Die Vorschriften bezüglich der Religionsfreiheit und des Rechts auf freie Religionsausübung sind unpräzise und zum Teil widersprüchlich. Daher ist eine willkürliche Anwendung nicht ausgeschlossen. Bis zur umfassenden Gewährleistung der Religionsfreiheit ist es noch ein langer,

steiniger Weg. Die aktuell geplante Verfassungsreform 26 könnte ein weiterer Schritt in Richtung Religionsfreiheit sein, zumal der derzeit stattfindende sozioökonomische Wandel das Leben der Menschen im ganzen Land verändern wird.

„Die Vorschriften bezüglich der Religionsfreiheit und des Rechts auf freie Religionsausübung sind unpräzise und zum Teil widersprüchlich. Daher ist eine willkürliche Anwendung nicht ausgeschlossen. Bis zur umfassenden Gewährleistung der Religionsfreiheit ist es noch ein langer, steiniger Weg.“

Endnoten / Quellen

[1] Kubanische Verfassung von 1976 (englische Fassung) in der Fassung von 2002, [constituteproject.org, https://www.constituteproject.org/constitution/Cuba_2002.pdf?lang=en](https://www.constituteproject.org/constitution/Cuba_2002.pdf?lang=en) (abgerufen am 26. Juni 2018).

[2] Ibid.

[3] Ibid.

[4] Ley No. 21 Código Penal, República de Cuba, http://files.sld.cu/prevemi/files/2013/03/ley_21_codigo_penal_19791.pdf (abgerufen am 26. Juni 2018).

[5] Ibid.

[6] Gaceta Oficial N° 8 19 de abril de 2005, Ministerio de la Justicia, República de Cuba, http://www.scu.sld.cu/cpscs/wp-content/uploads/sites/89/2017/11/GO_X_008_2005-Resolucion-44-45.pdf (abgerufen am 26. Juni 2018).

[7] Insbesondere bekannt geworden ist die Oppositionsbewegung Damas de Blanco (Damen in Weiß), die ihren politischen Unmut meistens bei der Sonntagsmesse zum Ausdruck bringt. Die Behörden verweigern ihnen den Zutritt zur Kirche, weil ihr Protest politisch und nicht religiös motiviert sei. Siehe Roque Planas, „These Are The Major Human Rights Issues In Cuba And The Castro Government's Response“, The Huffington Post, 22. März 2016, https://www.huffingtonpost.ca/entry/cuba-human-rights-castro-government_us_56f12d7fe4b03a640a6b7e30 (abgerufen am 27. Juni 2018).

[8] Ein beachtenswerter Fall ist der von Karina Gálvez, einer Katholikin, die im September 2017 wegen Steuerhinterziehung zu drei Jahren Haft verurteilt wurde. Gálvez ist Mitglied der Redaktionsleitung der christlich orientierten Zeitschrift Convivencia. Ihr Privathaus hatte als Verwaltungszentrale für das Projekt einer unabhängigen Forschungsgesellschaft mit demselben Namen gedient. In einer Pressemitteilung erklärte die Gesellschaft: „Eigentliches Ziel der Vorfälle ist es, die Forschungsgesellschaft und die Zeitschrift Convivencia zu schikanieren. Die Lage verschlechtert sich seit dem 1. September 2016 kontinuierlich. Die Projektmitarbeiter werden verhört und bedroht.“ Siehe Pinar del Río, „El régimen devuelve algunos bienes muebles a la economista Karina Gálvez“, Diario de Cuba, 9. April 2017, http://www.diariodecuba.com/derechos-humanos/1491766368_30272.html (abgerufen am 26. Juni 2018).

[9] María Martínez López, „Sacerdote cubano: ‘Por nuestra carta a Castro podemos morir... en un accidente de coche’“, Alfa y Omega, 19. Februar 2018, <http://www.alfayomega.es/142584/sacerdote-cubano-por-nuestra-carta-a-castro-podemos-morir-en-un-accidente-de-coche> (abgerufen am 26. Juni 2018).

- [10] Der vollständige Brief ist nachzulesen in Álvaro de Juana, „Sacerdote se entrevista con Secretario de Estado Vaticano para hablar de Cuba“, Aci Prensa, 9. Februar 2018, <https://www.aciprensa.com/noticias/sacerdote-se-entrevista-con-secretario-de-estado-vaticano-para-hablar-de-cuba-51997> (abgerufen am 26. Juni 2018).
- [11] Ernesto Pérez Chang, „Templos florecientes en una Cuba devastada“, CubaNet, 1. März 2018, <https://www.cubanet.org/destacados/templos-florecientes-en-una-cuba-devastada/> (abgerufen am 26. Juni 2018); „Despite some tensions, evangelical churches booming in Cuba“, FoxNews, 27. März 2017, <http://www.foxnews.com/world/2017/03/27/despite-some-tensions-evangelical-churches-booming-in-cuba.html> (abgerufen am 26. Juni 2018).
- [12] Rudy Salles (Berichterstatter), „The protection of minors against excesses of sects“, Vollversammlung des Europarates, 17. März 2014, <http://www.assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=20544&lang=en> (abgerufen am 26. Juni 2018).
- [13] „Proyecto de Ley sobre Cultos y Asociaciones Religiosas en Cuba“, Iglesia Reformada, 12. November 2018, http://www.iglesiareformada.com/Proyecto_Ley_Sobre_Cultos_Cuba.html (abgerufen am 26. Juni 2018).
- [14] „Seguridad del Estado se interesa en Ley de Culto en Cuba“, Martí Noticias, 12. Januar 2018, <https://www.martinoticias.com/a/seguridad-del-estado-entrevista-promotor-ley-de-culto-/160272.html> (abgerufen am 26. Juni 2018).
- [15] Interview mit Pastor Núñez Velázquez für die Radiosendung Cuba al día, „Declaraciones de Juan Carlos Núñez al programa Cuba al Día“, Martí Noticias, 1. November 2016, <https://www.martinoticias.com/a/132806.html> (abgerufen am 27. Juni 2018); „Cuban pastor awaits outcome of appeal“, Christian Solidarity Worldwide, 1. November 2018, <https://www.csw.org.uk/2016/11/01/news/3333/article.htm> (abgerufen am 26. Juni 2018); Umweltschutzgesetz, Ley No. 81 del Medio Ambiente, Gaceta Oficial de la República de Cuba Edición Extraordinaria, La Habana, 11. Juli 1997, Año XCV, no. 7, http://www.oas.org/dsd/fida/laws/legislation/cuba/cuba_81-97.pdf (abgerufen am 26. Juni 2018). Es lässt sich nur schwer feststellen, welche Lautstärke sich mit einer 150-Watt-Anlage erreichen lässt, weil das von verschiedenen Faktoren abhängig ist.
- [16] Manuel Alejandro León Velázquez, „Un prestigioso colegio otorga una beca gratuita a la familia que no envía a sus hijos a una escuela estatal“, Diario de Cuba, 27. August 2017, http://www.diariodecuba.com/derechos-humanos/1503868179_33572.html (abgerufen am 26. Juni 2018); „Ramón Rigal, juzgado en Cuba por educar en casa“, CitizenGo, 25. April 2017, <https://www.citizenngo.org/es/ed/54955-ramon-rigal-juzgado-cuba-por-educar-casa>; (abgerufen am 26. Juni 2018); „Incluyen caso de pastor sancionado en informe de represión religiosa en 2018“, Martí Noticias, 28. Januar 2018, <https://www.martinoticias.com/a/161238.html> (abgerufen am 26. Juni 2018); Pablo Alfonso, „Autoridades rechazan petición de pastor cubano para educar a sus hijos en casa“, Martí Noticias, 31. August 2018, <https://www.martinoticias.com/a/cuba-autoridades-rechazan-peticion-pastor-educar-hijos-en-casa/152038.html> (abgerufen am 26. Juni 2018); „Pastor Barred From Working As Church Leader“, Christian Solidarity Worldwide, 4. August 2017, <https://www.csw.org.uk/2017/08/04/news/3656/article.htm> (abgerufen am 26. Juni 2018); Mike Donnelly, „Parents arrested for home schooling,“ Home School Legal Defense Association, 27. Februar 2017, <https://hsllda.org/content/hs/international/Cuba/201702240.asp> (abgerufen am 26. Juni 2018).
- [17] „Number of FoRB Violations Remains High“, Christian Solidarity Worldwide, 24. Januar 2018, <https://www.csw.org.uk/2018/01/24/news/3826/article.htm> (abgerufen am 26. Juni 2018).
- [18] Anugrah Kumar, „Cuba blocks distribution of 17,000 NIV Bibles despite lifting Bible ban“, The Christian Post, 31. März 2018, <https://www.christianpost.com/news/cuba-blocks-distribution-17000-niv-bibles-despite-lifting-bible-ban-222315>; „Misionero: ‘Muchos dividen una Biblia entre seis personas en Cuba’“, Noticia Cristiana, 27. März 2018, <http://www.noticiacristiana.com/misiones/evangelismo/2018/03/misionero-dividen-biblia-cuba.html> (abgerufen am 26. Juni 2018).

2018). Über Gründe oder Erklärungen der Regierung ist nichts bekannt.

[19] Im Fall von Pastor Rigal wurde die Zwangsarbeit mit Internierung in Zwangsarbeit ohne Internierung umgewandelt.

[20] „Update: The Status of 2,000 AoG Churches Threatened with Confiscation in Cuba“, FoRB in Full, (ein Blog von Christian Solidarity Worldwide), 9. August 2017, <https://forbinfull.org/2017/08/09/update-status-of-aog-churches-threatened-with-confiscation-cuba/> (abgerufen am 26. Juni 2018).

[21] „La Iglesia Católica cubana espera que el Gobierno le siga devolviendo propiedades“, Diario de Cuba, 29. März 2018, http://www.diariodecuba.com/cuba/1521844431_38235.html (abgerufen am 26. Juni 2018).

[22] Sergio N. Cándido, „Confirman construcción de tres nuevas iglesias en Cuba“, El nuevo Herald, 21. September 2015, <http://www.elnuevoherald.com/noticias/mundo/america-latina/cuba-es/article35959389.html> (abgerufen am 26. Juni 2018);

Eduardo González Martínez, „Una iglesia moderna crece en Sandino“, OnCuba, 13. Juni 2017, <https://oncubamagazine.com/sociedad/una-iglesia-moderna-crece-en-sandino/> (abgerufen am 26. Juni 2018).

[23] „La Iglesia Católica cubana espera que el Gobierno le siga devolviendo propiedades“, op. cit.

[24] Luis Badilla, „Cuba; la iglesia de El Cobre será restituida al episcopado“, La Stampa, 4. März 2017, <http://www.lastampa.it/2017/03/04/vaticaninsider/cuba-la-iglesia-de-el-cobre-ser-restituida-al-episcopado-fZafkzoFsYOswSUJ2b35ML/pagina.html> (abgerufen am 26. Juni 2018).

[25] Im April 2018 stellte die Katholische Kirche ein neues soziales Projekt vor, in dessen Rahmen all jenen, die für eine medizinische Behandlung aus anderen Gegenden in die Hauptstadt reisen, kostenlos Essen und Unterkunft angeboten werden.

[26] „Cuba anuncia avances en la preparación de su nueva Carta Magna“, Agencia Efe, 11. Juni 2018, <https://www.efe.com/efe/america/politica/cuba-anuncia-avances-en-la-preparacion-de-su-nueva-carta-magna/20000035-3645631> (abgerufen am 26. Juni 2018).